

Forschungsbefunde und Forschungslücken

Die Grundeinstellungen der Bürger zu „Europa“

DANIEL GAXIE

Die Spezialisten der europäischen Studien interessieren sich seit langem – zuweilen mit einem Hauch normativer Besorgnis – für die Wahrnehmungen des europäischen Integrationsprozesses durch die Staatsbürger der Mitgliedsländer. Die zentrale Fragestellung ist selbstverständlich, in welchem Maße die Bürger positive oder negative Grundeinstellungen zur europäischen Integration besitzen. Das allgemeine Empfinden ist, dass sich zwischen den „Eliten“, die für die europäische Sache eingenommen sind, und der „Masse der Öffentlichkeit“, die immer skeptischer wird, eine Kluft auftut. Dieses Empfinden stützt sich unter anderem auf die Ergebnisse verschiedener Volksabstimmungen in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Irland. Es scheint, als habe es in der Vergangenheit ein lockerer Konsens innerhalb einer nahezu gleichgültigen europäischen Bevölkerung den politischen Eliten erlaubt, die europäische Integration voran zu treiben (Carruba, 2001: 144; Coman & Lacroix, 2007). Dieser Konsens ist nach und nach durch verschiedene Einmischungen der EU in den Alltag der Europäer ausgehöhlt worden: durch die Einführung des Euro, durch strenge politische Maßnahmen zur Gewährleistung der Anforderungen der Währungsunion oder durch die EU-Erweiterung (Della Porta & Caiani, 2007). Eine solche Entwicklung in der öffentlichen Meinung wird häufig als besorgniserregend wahrgenommen, da die Grundeinstellungen der Bevölkerung eigentlich den politischen Sockel der Integration bilden sollten (Deflem & Pampel, 1996: 120; Gabel, 1998: 333; für eine etwas andere Analyse, Delmotte, 2007: 21).

Diese wissenschaftlichen und politischen Anliegen liegen Hunderten von Arbeiten zu Grunde, die sich den Grundeinstellungen der europäischen Bürger zur europäischen Konstruktion widmen. Dabei sind eine Menge statisti-

scher Ergebnisse und eine nicht weniger beträchtliche Anzahl von einigermaßen widersprüchlichen Hypothesen, Erklärungen und Interpretationen veröffentlicht worden. Es würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen, an dieser Stelle eine erschöpfende Auswertung dieser Literatur vorzunehmen. Unser Ziel ist es lediglich, die Hauptergebnisse darzustellen und einige der Leerstellen und methodischen Schwierigkeiten, die sie aufwerfen, zu diskutieren.

Die meisten auf diesem Gebiet durchgeführten Untersuchungen beruhen auf einer Sekundärauswertung der Eurobarometer. Auf dieser Basis wurden drei Interpretationstypen vorgebracht: ein „utilitaristischer“ Ansatz, der auf einem hauptsächlich ökonomischen Kosten/Nutzen-Kalkül beruht, eine Erklärung der Grundeinstellungen durch politische „Werte“, sowie Hypothesen, die sich auf die kulturellen oder historischen Besonderheiten der jeweiligen nationalen Erfahrungen mit der europäischen Integration beziehen.

Die utilitaristischen Erklärungen

Die in der Regel angeführte Erklärung lautet: Je mehr Vorteile die Individuen aus der europäischen Integration ziehen, desto stärker neigen sie zu einer positiven Einstellung zum Integrationsprozess. Es wurde bereits über das Problem diskutiert, welcher Typus von Vorteilen – „objektive“ oder „subjektive“, „individuelle“ oder „kollektive“ – der beste Indikator für die Verbundenheit mit Europa sei. Einige statistische Elemente sprechen für die Idee, dass die makroökonomischen nationalen Faktoren eine Auswirkung auf die Unterstützung der Integration haben. Einige Autoren haben ebenfalls behauptet, dass die Bewohner der Länder, die eindeutig von der EU profitieren, eher geneigt seien, die Integration zu unterstützen, während die Beiträge zahlender Länder dazu tendieren, sie abzulehnen (Hooghe & Marks, 2004).¹ Selbst wenn allen die gleichen nationalen ökonomischen Bedingungen auferlegt werden, erscheint es dennoch logisch, dass jeder sie durch seine persönliche ökonomische Situation wahrnimmt (Gabel & Whitten, 1997).

Eines der am besten nachgewiesenen Ergebnisse der europäischen Studien ist, dass das Bildungsniveau, die berufliche Qualifikation und das Einkommensniveau eine Auswirkung auf den Grad der Verbundenheit mit „Europa“ haben (Bélot, 2002, Binnema & Crum, 2007). Um diese Ergebnisse zu erklären, haben Gabel und Palmer (1995) die Hypothese vorgebracht, dass die Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes je nach Bildungsniveau und beruflicher Qualifikation variable Auswirkungen habe.

1 Selbst wenn eine solche Hypothese darauf abzielt, die nationalen Unterschiede hinsichtlich des Niveaus der Unterstützung der Integration zu erklären, so entstammt sie doch dem gleichen Korpus von „utilitaristischen“ Hypothesen.

Sie analysieren Bildung und Qualifikation als Bestandteile des individuellen Humankapitals, das sie als entscheidenden Indikator für die Fähigkeit ansehen, sich an den beruflichen Wettbewerb anzupassen, der durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ausgelöst wurde. So sollten die wohlhabenden Bürger eher in der Lage sein, von der Liberalisierung zu profitieren, da sie die erweiterten Investitionsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten ausnutzen können. Darüber hinaus hat die Europäische Zentralbank das Ziel, die Inflation zu reduzieren, was für die Besitzer von Finanzanlagen einen zusätzlichen Vorteil bedeutet. Im Gegensatz dazu seien die Europäer, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, im Allgemeinen die Verlierer der Liberalisierung der Kapitalmärkte. Jene Liberalisierung könnte ihre Situation erschweren, da sie es dem Kapital erlaubt, sich eher zu verlagern, als die Nachfrage nach Arbeit zu befriedigen. Die Bürger mit geringem Einkommen werden auch als stärker von den Sozialausgaben abhängig beschrieben, die ebenfalls durch die Mobilität des Kapitals und durch die europäische Währungspolitik unter Druck geraten. In dieser Hinsicht ist die „utilitaristische Theorie“ die solideste Erklärung für die unterschiedlichen Grade der Unterstützung der Integration. In allen Ländern und zu jeder Etappe der europäischen Geschichte hängt die Unterstützung der europäischen Integration mit dem Ausmaß der ökonomischen Vorteile zusammen, das sich die Individuen davon erhoffen (Gabel, 1998: 351). Diese wirtschaftlichen Vorteile (und Kosten) werden je nach Autor mehr oder weniger umfassend definiert. Für manche hängen die Grundeinstellungen zur Integration mit der traditionellen Spaltung der Klassen zusammen (Deflem & Pampel, 1996). Dabei wird angenommen, dass sich die Arbeiter und die armen Gesellschaftsschichten um den Verlust ihres Arbeitsplatzes sorgen, um eine Senkung ihres Lohnes, um die Reduzierung der Sozialausgaben und/oder um die Schwächung der Verhandlungsstärke der Arbeiter. Dagegen bezieht sich Simon Hix (1999) auf eine komplexere Theorie der sozialen Klassen. Er behauptet, dass die Grundeinstellungen zur Integration nicht nur mit dem Humankapital zusammenhängen, sondern auch mit der „Lokalisierung der Sozialinteressen“. Unabhängig von ihrer Bildung, ihrer Qualifikation und ihrem Einkommen variieren die Ansichten und Ansprüche der Individuen je nach ihrem Wirtschaftssektor (beispielsweise der öffentliche Dienst, die Produktion für den nationalen oder internationalen Markt, die Finanzdienstleistungen, die multinationalen Konzerne Europas oder der Agrarsektor).

Mehrere Autoren haben Gabels utilitaristische Theorie ebenfalls in zahlreichen Punkten kritisiert. Einige haben eingewandt, dass den Individuen nicht notwendigerweise bewusst ist, welche Vorteile oder Kosten die europäische Integration mit sich bringt. Andere haben angeführt, dass die Personen, die über ein hohes Bildungs-, Qualifikations- und Einkommensniveau verfügen, auch diejenigen sind, die die Regierungsparteien unterstützen, die gleich-

zeitig auch Hauptverteidiger der europäischen Konstruktion sind. Somit könnten sie die europäische Integration sowohl aus politischen, als auch aus ökonomischen Gründen unterstützen. Liesbet Hooghe und Gary Marks (2004: 416) bringen eine weitere Spielart der utilitaristischen Theorie vor. Für sie „sind die Bürger, die zuversichtlich in die Zukunft ihres Landes und in ihre persönliche Zukunft blicken, geneigt, die europäische Integration in einem positiven Licht zu sehen, während diejenigen, die ängstlicher sind, eher zur Euroskepsis neigen“. Ihrer Meinung nach berücksichtigen die Bürger, wenn sie Urteile in Bezug auf die europäische Integration fällen, nicht die Vorteile oder die Kosten, die sich für sie selbst daraus ergeben könnten, sondern drücken eher eine optimistische oder pessimistische Stimmung aus, die mit ihrer wirtschaftlichen Situation zusammenhängt.

Erklärungen durch politische „Werte“

Die Erklärungen durch politische Werte werden als eine Alternative oder eine Ergänzung zu den utilitaristischen Theorien dargestellt. Einige Wissenschaftler behaupten, dass die Bürger die EU nicht nach den persönlichen Vorteilen, die sie von ihr erwarten, bewerten, sondern dass dabei eher verschiedene Vorstellungen, Emotionen und Werte eine Rolle spielen (Bélot, 2002: 29). Andere räumen ein, dass die Bürger die wirtschaftlichen Konsequenzen der Integration berücksichtigen, fügen aber hinzu, dass ihr Zugehörigkeitsgefühl ebenfalls wichtig und sogar von entscheidender Bedeutung sei (Hooghe & Marks, 2004: 415). Die Befürworter der Erklärung durch „Werte“ denken zunächst an die territorialen Identitäten. Sie betonen, dass die Befürwortung der Integration mit dem Gefühl der Europa-Zugehörigkeit wächst (Dell’olio, 2005: 102). Im gleichen Verhältnis würden die Bürger, die ein exklusives nationales Identitätsgefühl empfinden, häufiger negative Reaktionen in Bezug auf die EU teilen (Cautrès & Grunberg, 2007: 22). Man weiß jedoch auch, dass die Identifikation mit Europa positiv mit dem Bildungsniveau und mit der sozialen „Klasse“ korreliert, während diese Korrelation im Falle der exklusiv nationalen Identifikationen negativ ist. Diese Identifikationen hätten dennoch eine eigenständige Auswirkung auf die europäischen Grundeinstellungen, wenn Bildung und soziale Klasse kontrolliert werden (Dell’olio, 2005: 103).

Die europäischen oder nationalen Identitäten sind ebenfalls mit Werten verknüpft, von denen man vermutet, dass auch sie die Grundeinstellungen zu Europa beeinflussen. Spezialisten haben die Rolle der Fremdenfeindlichkeit identifiziert, die statistisch gesehen mit den exklusiven nationalen Zugehörigkeitsgefühlen einhergeht. Beiden Grundeinstellungen wird nachgesagt, dass sie zum Misstrauen in Bezug auf Veränderungen beitragen, insbesondere in Bezug auf die europäische Einheit, die überdies als Bedrohung für die Integri-

tät der Nation angesehen wird (De Master & Le Roy, 2000). Im Gegensatz dazu seien die Bürger, die sich mit Europa identifizieren, weniger dazu geneigt, ablehnende Auffassungen gegenüber Minderheiten und Ausländern zu teilen (Citrin & Sides, 2004: 180). Andere Autoren (Cautrès & Denni, 2000; Grunberg & Schweisguth, 2003; Cautrès & Grunberg, 2007) verbinden die Identität mit einer größeren Gesamtheit von Grundeinstellungen. Sie vermuten, dass die Verbundenheit mit einem nationalen Rahmen mit fremdenfeindlichen, autoritären, konservativen, anti-universalistischen, ethnozentrischen, materialistischen und pessimistischen Grundeinstellungen einher geht. Auf „autoritäre“ Grundeinstellungen wird beispielsweise aus der Antwort auf Fragen nach der Todesstrafe geschlossen, oder nach der Problematik, ob sich die Schule statt um Kreativität und Persönlichkeitsentwicklung vor allem um Disziplin und Pflichtgefühl kümmern sollte. Im gleichen Verhältnis werden diejenigen, die sich als Europäer fühlen oder die gleichzeitig eine europäische und eine nationale Identität ausdrücken, als eher dazu geneigt angesehen, universalistische, humanistische, tolerante, kosmopolitische und post-materialistische Positionen zu vertreten. Für diese Korrelationen zwischen den Werten und den Grundeinstellungen zur europäischen Integration gibt es die unterschiedlichsten Interpretationen. Manche Autoren behaupten, dass autoritäre, ethnozentrische und pessimistische Weltanschauungen die Verbundenheit mit einem durch den Nationalstaat verkörperten Organisationsmodell verstärken. Im gleichen Verhältnis seien Bürger, die die universalistischen Ansichten teilen, eher geneigt, neue Formen politischer Steuerung zu unterstützen (Cautrès & Denni, 2000: 348). Eine andere Erklärung ist, dass diejenigen, die exklusive nationale Zugehörigkeitsgefühle verspüren, gegen Europa sind, da sie den Verlust ihrer Nationalidentität und der sozialen Absicherung durch den Staat befürchten (Cautrès & Grunberg, 2007: 24). Andere Autoren führen an, dass die EU die Kontakte zwischen den Personen verschiedener Nationalitäten und Herkunft vervielfacht hat, und dass diejenigen, die am meisten Angst vor Ausländern haben, logischerweise weniger geneigt sind, die Integration zu unterstützen (De Master & Le Roy, 2000: 421).

Autoren, die die Zustimmung zu „den Werten“ als komplementäre Erklärung ansehen, haben versucht, diesen Faktor mit den utilitaristischen Hypothesen zu verknüpfen. Hooghe und Marks behaupten beispielsweise, dass die erklärende Tragweite der ökonomischen Interessen größer ist, wenn die ökonomischen Konsequenzen der europäischen Integration beträchtlich und genau bestimmt sind. Wenn derlei Bedingungen nicht erfüllt sind, wären die Identitäten entscheidender. Sie fügen folgendes Argument hinzu: Je stärker die Eliten eines Landes gespalten seien, desto stärker werde die nationale Identität ins Feld geführt und beeinflusse die negativen Ansichten über Europa. In den entgegengesetzten Fällen bleibe die nationale Identität wirkungslos oder begünstige die unterstützenden Grundeinstellungen. Im selben Zusam-

menhang stellen De Master und Le Roy (2000) fest, dass die statistischen Beziehungen zwischen den Indikatoren für Fremdenfeindlichkeit und den kritischen Sichtweisen der europäischen Integration schwach ausgeprägt sind, wenn die befragten Personen in Ländern leben, die wie Belgien, Irland, Portugal und Spanien erhebliche Subventionen von der EU erhalten. Sie fügen hinzu, dass diese Länder eine katholische Kultur besitzen, und dass die ökumenische Natur des Katholizismus zum Internationalismus und einer offeneren Grundeinstellung in Bezug auf Ausländer veranlassen kann.

Die Erklärungen durch die nationalen Kontexte

Zahlreiche Autoren behaupten, dass die nationalen Unterschiede wichtiger sind als die individuellen Unterschiede sozio-demographischer oder ideologischer Natur (Deflem & Pampel, 1996: 136; Dell’olio, 2005: 96). Sie verwerfen die gängige Unterstellung, dass alle Europäer die EU auf die gleiche Weise wahrnehmen, und empfehlen, die Art und Weise zu berücksichtigen, wie jede nationale Gemeinschaft den Integrationsprozess erlebt (Diez Medrano, 2003: 5). Man geht davon aus, dass die Staatsangehörigen der Mitgliedsländer eine klar ausgeprägte Erfahrung mit der Integration haben, eine eher deutliche Vorstellung von ihrer Stellung innerhalb der Union und eine gemeinsame Sichtweise der Stellung ihres Landes in der Welt (Harmsen, 2007: 81). Diese nationalen Bewertungen der Integration werden auch durch den Wettbewerb zwischen den Parteien beeinflusst, in Verbindung mit institutionellen Faktoren. Die Mehrheitslogik der Politik Großbritanniens könnte beispielsweise den Ausdruck der Euroskepsis durch die Bildung großer Parteibündnisse mit Regierungsauftrag verstärken. Doch wie Hamsen betont (2007: 81) „entsteht nichts ohne Grund, und die Euroskepsis ist ein Thema, das sich von Politikern und Journalisten wunderbar ausschlichten lässt, da es mit Wahrnehmungen von Europa und den Europäern im Einklang steht, die seit langer Zeit in Großbritannien etabliert sind“. Diese „Resonanz“-Hypothese steht im Mittelpunkt der Erklärung der Grundeinstellungen der breiten Öffentlichkeit zu Europa durch die nationale politische Kultur (Risse, 2004: 265). Die Konstituierung der nationalen Ansichten über Europa wird als ein Prozess unter der Leitung von Eliten interpretiert, insbesondere von Politikern und Leitartiklern, die ihre Ansichten über die europäische Konstruktion gemäß der unterschiedlichen nationalen und internationalen Entwicklungen und gemäß ihrer Machtinteressen umgestalten. Doch müssen die neuen Ideen mit den bestehenden Identitätskonstruktionen harmonisieren, die das Ausmaß der akzeptablen Optionen eines bestimmten nationalen Standpunktes definieren. Erfunden von bestimmten Akteuren, verinnerlicht von Meinungsmachern in den Parteien, Medien und Lobbies werden die nationalen Ansichten über Europa schließlich

zum allgemeinen Konsens und verbreiten sich in der Gesamtbevölkerung. Somit werden diese Europa-Wahrnehmungen als Bausteine der nationalen Identitäten analysiert. Sie sind mit den Institutionen und der politischen Kultur eines Landes verflochten und funktionieren als kollektive Interpretationsroutinen. Man nimmt an, dass sich die Mitglieder der nationalen Gemeinschaften auf die Sichtweisen der Beziehungen zwischen ihren Ländern und Europa beziehen, die das Bild, das sie von sich selbst und von den Charakteristika haben, die sie von anderen Völkern unterscheiden, zu neuem Leben erwecken (Marcussen und andere, 1999). So wird die europäische Integration von einem deutschen Standpunkt aus als eine Erlösung von der Vergangenheit, eine Alternative zum Nationalismus, als ein Schutz gegen hegemoniale und fremdenfeindliche Tendenzen, ein Mittel, um die Welt der pazifistischen Absichten des Landes zu versichern, und als eine Garantie für Demokratie und soziale Marktwirtschaft gesehen (Diez Medrano, 2003). Die Spanier seien Europa dankbar für seine Finanzhilfen, für seinen Beitrag zur Modernisierung des Landes und für die Demokratisierung seines politischen Systems (Diez Medrano, 2003). Die Italiener würden die Vorteile des Strukturfonds und die Gelegenheiten zur Korrektur der nationalen Pathologien in Erinnerung behalten, die die Integration mit sich brachte (Della Porta & Caiani, 2007). Vom französischen Standpunkt aus wäre Europa ein „französisches Europa“, das den „zivilisatorischen Auftrag“ der Nation ausdehnt und die Rolle Frankreichs in Europa und seine Fähigkeit zur Einflussnahme in der Welt stärkt (Marcussen, und andere, 1999: 621). Im Gegensatz dazu wird Europa von den Briten als eine Bedrohung für den nationalen Lebensstil, für die Rolle des Landes in der Welt, für seine besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und dem Commonwealth, für seine Selbstbestimmung, seine konstitutionelle Monarchie, für seine parlamentarische Tradition und für sein politisches Verantwortungsgefühl angesehen (Marcussen, und andere, 1999: 626).

Einige der Autoren, die die Bedeutung des nationalen Kontextes hervorheben, bestehen auf der Besonderheit der Geschichte und somit auch der Wahrnehmungen jedes einzelnen Staates. Andere schlagen ein allgemeines, systematischeres Modell vor. So berücksichtigt die Hypothese der „Vorteile der Anpassung“ den Grad an Schwierigkeiten, den ein Land überwinden muss, bis sich seine Institutionen und seine Politik den europäischen Normen annähern. Je weiter ein Staat vom europäischen Durchschnitt entfernt ist (der sich durch ein niedriges Niveau an Arbeitskoordination und ein hohes Niveau an Kapitalkoordination auszeichnet), desto höher sind die von der europäischen Gesetzgebung auferlegten Kosten, und desto mehr neigt die Bevölkerung zu kritischen Ansichten (Hooghe & Marks, 2004: 416). In dieser Hinsicht wird die Skepsis Großbritanniens als ein Sonderfall der Nichtanpassung oder des Gefühls der Nichtanpassung analysiert. Ebenso wird das institutio-

nelle System der EU aus skandinavischer Sicht als verschlossen und elitär wahrgenommen. Es wird als eine Bedrohung für die transparenteren und stärker auf Teilhabe aufbauenden Entscheidungsmodelle und für das hohe Niveau sozialer Absicherung erlebt, die diesen Bevölkerungsgruppen am Herzen liegen (Harmsen, 2007: 86).

Die Erklärungen durch die nationale politische Kultur setzen das Vorhandensein einer kollektiven Wahrnehmung voraus, die von allen Staatsangehörigen eines Landes geteilt wird. Die Analysen stützen sich auf die Erklärungen der Parteien und der Politiker und auf die wichtigsten Presseerzeugnisse, um zu beschreiben, was sie als die nationale Sichtweise der europäischen Integration ansehen, und um die Entstehungsgeschichte des nationalen Interpretationsrahmens nachzuvollziehen. Man geht in der Regel davon aus, dass Wähler, die den europäischen Angelegenheiten wenig Aufmerksamkeit schenken, nur den Ansichten der Führenden und der Parteien, die sie gewählt haben, folgen können und diese somit widerspiegeln (Aspinwall, 2002: 103). Die Alternativhypothese, nach der die politischen Eliten Standpunkte in Reaktion auf die Wahlpräferenzen der breiten Öffentlichkeit einnehmen (Carruba, 2001: 153), enthält erhebliche Schwächen. Zwar lassen sich einige Beispiele der Reaktion auf die Mobilisierungen von sozialen Gruppen beobachten, die den politischen Maßnahmen der EU besonders stark ausgesetzt sind, wie die Landwirte der Agrarpolitik. Ebenso muss man diverse Versuche der Führungsschichten mancher Länder hervorheben, das mehrheitliche „Nein“ bei den europäischen Referenden zu umgehen. Doch ist es wahrscheinlich realistischer, wie Carruba selbst zu denken, dass die nationalen Eliten einen wahlbedingten Zwang bei den wenigen Gelegenheiten, wo er sich manifestiert, berücksichtigen und dass sie gleichzeitig alle verfügbaren Spielräume ausschöpfen, um die europäische Integration voranzutreiben. Angesichts des geringen Interesses und Informationsniveaus hinsichtlich europäischer Themen und mit dem Wissen, dass Europa „der Stein des Anstoßes“ ist, der die proeuropäischen Regierungsparteien der rechten oder linken Mitte mit den Parteien, Fraktionen oder politischen Rand- oder Hintergrundakteuren aneinandergeraten lässt, die im Allgemeinen stärker euroskeptisch sind, kann auch noch eine weitere unterschiedliche Interpretation vorgebracht werden. Da beobachtet wurde, dass die nationalen Eliten und die breite Öffentlichkeit häufiger pro-europäisch eingestellt sind, wenn ihre Regierungen regelmäßig aus Koalitionen der Mitte hervorgehen, könnte man sich fragen, ob sich die breite Öffentlichkeit vielleicht nur den europafreundlichen Positionen anschließt, weil sie die Parteien und Regierungen der Mitte unterstützt (Aspinwall, 2002: 106). Man stellt jedoch ebenfalls fest, dass die meisten Regierungsparteien proeuropäisch sind, oder gemäßigter werden, sobald sie mit verschiedenen institutionellen und Sachzwängen konfrontiert sind.

Verschiedene und manchmal widersprüchliche Erklärungen

Diese Auswertung der akademischen Literatur zeigt, dass sich die Autoren auf verschiedene wohletablierte Ergebnisse stützen, um eine große Anzahl unterschiedlicher, manchmal auch widersprüchlicher Interpretationen vorzubringen. So ist die Feststellung, dass positive Ansichten zur europäischen Integration wahrscheinlicher sind, wenn das Bildungsniveau oder das Einkommen steigen, auf vielerlei Arten interpretiert worden. Wie wir gesehen haben, wird die Unterstützung des Integrationsprozesses häufig durch „instrumentelle“ ökonomische Motive erklärt, die auf einer Kosten/Nutzen-Bilanz „utilitaristischer“ Prägung beruhen, die ihrerseits mit der sozialen Situation korreliert. Andere Spezialisten erklären jedoch, dass mit dem Ansteigen des Bildungs- und Einkommensniveaus der Bürger auch ihre Bereitschaft ansteigt, sich einerseits als „Europäer“ zu verstehen und andererseits, universalistische, humanistische, tolerante, kosmopolitische und postmaterialistische Weltansichten zu teilen, die sie dafür empfänglich machen, die europäische Integration zu unterstützen. Außerdem werden unter der Bezeichnung „utilitaristisch“ deutlich unterschiedliche Erklärungen zusammengefasst. So sind einige Autoren der Auffassung, dass vor allem die wohlhabendsten Bürger in der Lage sind, von den Möglichkeiten, die die Integration eröffnet, zu profitieren. Man erinnert sich auch daran, dass andere behaupten, dass die Personen, die von günstigen wirtschaftlichen Bedingungen profitieren, auch optimistischer und zuversichtlicher in ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihres Landes blicken, und dass sie gleichzeitig geneigt sind, die europäische Integration als positiv zu betrachten, unabhängig von den Vorteilen, die sie selbst daraus ziehen. Manche Studien erklären die nationalen Unterschiede durch unterschiedliche Kollektiverfahrungen mit der europäischen Integration. Andere behaupten, dass die Europa-Wahrnehmungen von den Kosten der Anpassung an die europäischen Normen abhängen. Diesen kulturalistischen oder utilitaristischen Erklärungen der nationalen Unterschiede widerspricht wiederum die Hypothese, dass die Bürger die Standpunkte der Parteien und Machthaber annehmen, die sie unterstützen.

Die Frage nach der Verknüpfung der erklärenden Faktoren

Die Verknüpfung dieser unterschiedlichen Erklärungen bringt ebenfalls unterschiedliche Schwierigkeiten mit sich. Einige Autoren sind der Auffassung, dass ihre eigenen Interpretationen diejenigen, die vor ihnen vorgebracht wurden, widerlegen. Doch erheben die meisten Spezialisten nicht den Anspruch,

konkurrierende Hypothesen zu verwerfen. So akzeptieren Sara de Master und Michael K. Le Roy das Argument der Bewertung der europäischen Realitäten auf der Grundlage eines Kosten/Nutzen-Verhältnisses. Sie wenden lediglich ein, dass die Verfechter eines solchen Arguments nicht die Motivationen berücksichtigt haben – z.B. das Anliegen, die nationale Integrität vor fremden Einflüssen zu bewahren –, obwohl derartige Motivationen zusätzlich zu den Betrachtungen der wirtschaftlichen Interessen eine Rolle bei der Beurteilung der europäischen Integration spielen (2000: 419). Dennoch gibt es nur wenige Versuche, die verschiedenen erklärenden Faktoren miteinander zu verbinden. Der vielzitierte Artikel von Matthew Gabel (1998) kommt beispielsweise zu dem Schluss, dass die utilitaristische Hypothese die am wenigsten angreifbare und gewichtigste Erklärung für die Grundeinstellungen zur Integration darstellt. Er fügt jedoch hinzu, dass die Parteivorlieben von Klassen (das heißt die Idee, dass die Mitglieder einer „Gesellschaftsklasse“ Grundeinstellungen übernehmen, die die Standpunkte der politischen Partei, die sie unterstützen, „widerspiegeln“) einen „unabhängigen Einfluss“ ausüben. Andere Erklärungen, wie die Unterstützung der Regierung (die Bürger projizieren die Bewertung ihrer Regierung auf die Integrations-Frage), die „politischen Werte“ (beispielsweise die postmaterialistischen Grundeinstellungen) und die „kognitive Mobilisierung“ (ein erhöhtes Niveau von politischem Bewusstsein und eine hoch entwickelte Fähigkeit zur politischen Kommunikation, die es den Bürgern erlauben, sich mit einer nationenübergreifenden politischen Gemeinschaft zu identifizieren) erscheinen ihm ebenfalls annehmbar, jedoch nur für die Bürger bestimmter Staaten und zu bestimmten Zeiträumen. Dennoch versuchen weder Gabel noch De Master und Le Roy, die Beziehungen zwischen dem, was sie als verschiedene Ursachen für die Grundeinstellungen zur Integration betrachten, zu erläutern. Wie könnte sich beispielsweise die Neigung dazu, die nationale Integrität seines Landes zu bewahren, mit der utilitaristischen Bewertung persönlicher Interessen verbinden? Muss man annehmen, dass die nationalen oder europäischen Identitäten den Sieg davontragen, wenn für die Individuen bei der europäischen Integration keine persönlichen Interessen auf dem Spiel stehen? Oder wenn sie ihren wirtschaftlichen Interessen keine Priorität einräumen? Warum sollte dann aber für einige Individuen bei der Integration kein persönliches Interesse auf dem Spiel stehen, oder warum sollten sie dazu neigen, die Bedeutung ihrer Interessen zu verringern? Wenn man annimmt, dass sowohl die utilitaristischen Motive, als auch der Einfluss der Regierungsparteien dazu beitragen, die Grundeinstellungen zu Europa zu gestalten, müsste man präzisieren, welche Bürger ihren eigenen Interessen Vorrang einräumen, welche von ihnen den Ansichten ihrer Partei folgen, und welche sich gleichzeitig auf diese beiden Bewertungselemente stützen.

Jedes Individuum lässt sich durch ein Niveau an Bildung, Einkommen oder beruflicher Qualifikation, durch seine Vorlieben für eine Partei (oder

durch das Fehlen solcher Präferenzen), seine territorialen Identifikationen, seine materialistischen oder postmaterialistischen, toleranten oder autoritären, kosmopolitischen oder fremdenfeindlichen, optimistischen oder pessimistischen Grundeinstellungen charakterisieren. Man nimmt an, dass all diese Elemente einen Einfluss auf die Grundeinstellungen zur europäischen Integration ausüben. Man müsste allerdings präzisieren, welches individuelle Charakteristikum von wem, in welchem Augenblick und aus welchen Gründen „aktiviert“ wird, wenn es darum geht, Urteile über Europa zu formulieren. Einer der seltenen Versuche der Verknüpfung der erklärenden Faktoren behauptet, dass die Identitäten der dominierende Faktor sind und dass der wirtschaftliche Utilitarismus die Grundeinstellungen zu Europa nur beeinflusst, wenn die wirtschaftlichen Auswirkungen der Integration bedeutend und identifizierbar sind (Hooghe & Marks, 2004: 416). Diese Autoren präzisieren jedoch nicht, wer, unter welchen Umständen und warum, in der Lage ist, die bedeutenden wirtschaftlichen Konsequenzen der Integration eindeutig wahrzunehmen.

Die Grenzen der probabilistischen Erklärungen

Die quantitativen Untersuchungen liefern probabilistische Ergebnisse. Wir wissen beispielsweise, dass Personen mit einem hohen Bildungsniveau und einem hohen Einkommen statistisch gesehen mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu neigen, der europäischen Integration positiv gegenüberzustehen als andere. Wir wissen aber auch, selbst wenn sie proportional weniger zahlreich sind, dass Personen mit hohem Bildungsniveau und hohem Einkommen auch negative Ansichten äußern können. Man findet jedoch in der Literatur kaum Erklärungen für diese Minderheitsfälle. Es ist ebenfalls möglich, dass Bildungsniveau, Einkommen und Beruf zu ungenauen Indikatoren sind. So wurde auch vorgeschlagen, nicht nur den Beruf zu berücksichtigen, sondern zum Beispiel den Tätigkeitssektor, die öffentliche oder private Ausrichtung der Tätigkeit und ihre Stellung innerhalb der regionalen, nationalen und internationalen Konkurrenz, um die Wahrnehmungen der europäischen Integration zu erklären (Hix, 1999). Allerdings würde man, selbst wenn man feinere Instrumente benutzen würde, um die wirtschaftliche Situation der Individuen zu präzisieren, wahrscheinlich feststellen, dass es Fälle gibt, die den statistischen Tendenzen widersprechen und die zusätzliche Erklärungen nötig machen. Ähnlich liegt der Fall bei der Annahme, dass die offenbar „fremdenfeindlichen“ und „autoritären“ Grundeinstellungen häufiger bei den „populären“ Bevölkerungsgruppen vorkommen und dass sie statistisch gesehen mit negativen Wahrnehmungen der EU einhergehen: Hier müsste man sich ebenfalls über die Gründe Gedanken machen, die bewirken, dass einige Mitglieder

ebendieser Milieus derlei Grundeinstellungen nicht teilen oder dass einige derjenigen, die sie teilen, dennoch keine negativen Wahrnehmungen der Europäischen Union besitzen. Natürlich müssen die statistischen Tendenzen berücksichtigt werden, doch ist es vermutlich höchste Zeit, sich mit den Individuen zu befassen, deren Reaktionen den vorherrschenden Wahrscheinlichkeiten widersprechen.

Statistische Korrelationen und Kausalität

Korrelationen sind eines der einzigen Ergebnisse, die sich aus der Sekundäranalyse einer Datenbank mit quantitativen Informationen gewinnen lassen. Da sie über keine anderen empirischen Materialien verfügen, sind manche Autoren geneigt, die Bedeutung ihrer statistischen Auswertungen zu überschätzen.

In einigen Fällen werden die Korrelationen stillschweigend als Kausalzusammenhänge interpretiert. Ebenso sollten die Autoren, die schreiben, ein bestimmter Faktor „erkläre“ den größeren Prozentsatz der Varianz einer abhängigen „Variablen“, nicht vergessen, dass das Wort „Erklärung“ in der Sprache der Statistik nicht das Gleiche bedeutet wie in der Sprache der Sozialwissenschaften. Wenn Autoren behaupten, eine „unabhängige Variable“ „organisieren“, „strukturieren“ oder „geben“ eine Grundeinstellung zu Europa „wieder“, benutzen sie eine stillschweigend kausale Sprache, um einfache Korrelationen zu interpretieren.

Nach wie vor wird in der Regel zwischen der statistischen Feststellung und ihrer kausalen Interpretation unterschieden. Matthew Gabel erklärt beispielsweise, dass Bildung, berufliche Qualifikation und Einkommen positiv mit positiven Grundeinstellungen zur Integration korrelieren, weil gebildete und qualifizierte Personen besser dazu in der Lage sind, sich an den wirtschaftlichen Wettbewerb, den der liberalisierte europäische Arbeitsmarkt mit sich bringt, anzupassen. Ebenso stellt dieser Autor eine positive Korrelation zwischen dem Einkommen und den günstigen Grundeinstellungen gegenüber der EU fest, da wohlhabende Bürger stärker von den Investitionsmöglichkeiten profitieren können, die sich durch die Öffnung der Finanzmärkte bieten. Umgekehrt interpretiert Gabel die negativen Korrelationen, indem er erklärt, dass die europäischen Bürger mit niedrigem Einkommen im Allgemeinen die Opfer der Liberalisierung des Marktes sind (1998: 337). Wie man weiß, versucht der Autor in diesem Artikel den Einfluss verschiedener Faktoren zu messen. Der Text beruht auf Regressionsanalysen mehrerer Indikatoren für die Grundeinstellungen von Bürgern zur europäischen Integration (die durch Quantifizierung der Antworten auf verschiedene Meinungsfragen konstruiert wurden) und auf diversen unabhängigen Variablen. Der Autor beschließt, die Unterschiede der Niveaus der Unterstützung für die Integration hinzuzufügen,

die man erhält, wenn man die hohen und niedrigen Bildungsniveaus vergleicht, die höchsten und niedrigsten Einkommen, die qualifizierten und nicht-qualifizierten Berufe und die Tatsache, ob sich der Wohnort in der Nähe einer Grenze oder weit von ihr entfernt befindet. Nachdem er diese Variablen als Indikatoren für „utilitaristische“ Grundeinstellungen interpretiert hat, beobachtet er, dass ihre Kombination bedeutendere statistische Effekte hervorruft als alle anderen Indikatoren, die er in seinem Artikel berücksichtigt (die Vorlieben für eine Partei, die Unterstützung einer Regierungspartei und die „materialistischen“ und „postmaterialistischen“ Grundeinstellungen). Er leitet daraus ab, dass die statistischen Daten belegen, dass die „utilitaristische“ Theorie die beste Erklärung für die Grundeinstellungen in Bezug auf Europa darstellt.

Unabhängig von Einwänden hinsichtlich der Messmethoden² liegt die Hauptschwierigkeit von Gabels Interpretation in dem logischen Sprung, der sich aus dem Übergang von statistischen Feststellungen hin zur Bestätigung einer Kausaltheorie ergibt. Wir wissen seit langem, dass Variablen wie Bildung, Beruf und Einkommen statistisch mit den Meinungen über die europäische Integration verknüpft sind. Trotz oder wegen der zahlreichen Kollinearitäten, die sie verbinden, können wir zugeben, dass sich bei der Addition ihrer „Auswirkungen“ zu den Meinungen über die Integration die stärksten Korrelationen registrieren lassen. Trotzdem lässt sich nicht daraus ableiten, dass „innerhalb mehrerer Ensembles von Nationen und zu allen Zeiten die Unterstützung der Bürger für die europäische Integration von den wirtschaftlichen Vorteilen abhängt, die sie sich davon erhoffen“ (Gabel, 1998: 351). Eine solche Interpretation ist zwar interessant, entspricht jedoch nur einigen der Untersuchungsergebnisse, die in diesem Buch vorgestellt werden. Außerdem stellen die von Matthew Gabel angeführten statistischen Daten keinen Beweis für die Gültigkeit der Interpretation dar, die er für sie vorschlägt. Mit den gleichen statistischen Daten könnte man auch behaupten, dass in allen Ländern und zu allen Zeiten die Unterstützung der europäischen Integration durch die Bürger von deren Vertrauen in ihre persönliche Zukunft und in die Zukunft ihres Landes abhängt (Hooghe & Marks, 2004). Oder auch, dass in allen Ländern und zu allen Zeiten die Unterstützung der europäischen Integration von einer ideologischen Identifikation mit der Marktwirtschaft abhängt. Die

2 Man kann sich fragen, ob es tatsächlich möglich ist, „die unabhängigen statistischen Effekte“ von Variablen zu messen, die so stark untereinander korrelieren wie Bildung, Einkommen und berufliche Qualifikation. Man kann einwenden, dass man, wenn man die „statistischen Effekte“ von Bildung, Einkommen und beruflicher Qualifikation hinzufügt, zwei- oder dreimal ein- und dieselbe Realität addiert, die in jeder der Variablen teilweise präsent ist! Es ist nicht überraschend, wenn eine solche Zusammenfassung extrem signifikante statistische Effekte erzeugt!

erhofften wirtschaftlichen Vorteile, das Vertrauen in die Zukunft und die Identifikation mit der Marktwirtschaft sind drei Interpretationshypothesen (neben möglichen anderen) für die Kausalzusammenhänge, die die Grundlage für die Korrelationen zwischen den günstigen Meinungen zur europäischen Integration einerseits und der Bildung, dem Beruf und dem Einkommen auf der anderen Seite darstellen. Keines der statistischen Elemente, die durch Sekundäranalysen von Datenbanken wie derjenigen der Eurobarometer erzeugt wurden, erlaubt es, sie voneinander zu trennen.³

Aus Datenbanken geschöpfte statistische Informationen sind zwar suggestiv, enthalten jedoch keinerlei unmittelbare Information über die Kausalzusammenhänge, deren Produkt sie sind. In diesem Sinne sind sie kausal betrachtet stumm. Um ein zusätzliches Beispiel anzuführen, lässt sich zwischen der Unterstützung der Regierungsparteien und den zustimmenden Meinungen zur europäischen Integration eine Korrelation beobachten. Es mag sein, dass diese Korrelation trügerisch ist und dass sowohl die Unterstützung der Regierungsparteien als auch die positiven Meinungen zur Integration von einem dritten Faktor abhängen, ohne untereinander verbunden zu sein. Man kann beispielsweise denken, dass Bürger mit gemäßigten politischen Einstellungen der europäischen Integration positiv gegenüberstehen und dass sie ansonsten die Regierungsparteien aus Gründen unterstützen, die nicht (oder nicht hauptsächlich) mit den europäischen Fragen verknüpft sind. Wenn man denkt, dass die Korrelation nicht trügerisch ist, lassen sich mehrere mögliche Interpretationen vorbringen. Man kann beispielsweise die Hypothese aufstellen, dass die meisten Regierungsparteien der europäischen Integration zustimmend gegenüberstehen, und dass es ihnen gelingt, ihre Anhänger von der Richtigkeit ihrer Positionen zu überzeugen. Die meinungssoziologischen Untersuchungen regen gleichermaßen dazu an, zu behaupten, dass ein Teil der Bürger, die den Regierungsparteien Vertrauen entgegenbringen, dazu gebracht werden kann, ihre Argumente zu übernehmen, ohne eine gefestigte persönliche Meinung zu der Frage zu besitzen. Es kann auch sein, dass manche Bürger, die von den europäischen Fragen besonders betroffen sind und die Integration als äußerst positiv bewerten, eine politische Partei unterstützen, weil sie Positionen vertritt, die ihrem eigenen Standpunkt nahestehen. Es ist auch möglich, dass diese unterschiedlichen Hypothesen für verschiedene soziale Gruppen gelten und

3 Genau diese Schwierigkeit erklärt, warum viele Autoren sich lieber an ein bescheideneres und vorsichtigeres Register halten, wenn sie für ihre statistischen Ergebnisse Kausalinterpretationen vorbringen. So behauptete Matthew Gabel in einem früheren Artikel zusammen mit Whitten Guy D. (1997: 81), dass „da das wirtschaftliche Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung zentrale Motivationen der europäischen Integration sind, es vernünftig scheint, zu denken, dass die europäische Öffentlichkeit diese Integration auf der Basis wirtschaftlicher Kriterien bewertet“.

dementsprechend kompatibel sind. Aber auch hier gibt die bloße Feststellung einer gleichzeitigen Variation der günstigen Meinungen zur Integration und der Unterstützung der Regierungsparteien keinen Hinweis auf die tatsächliche Existenz und über die Gründe eines Kausalzusammenhangs zwischen den beiden Phänomenen.

Verkannte subjektive Vorstellungen

Die akademische Literatur zu den Grundeinstellungen der Normalbürger zu Europa ist einigermaßen paradox. Einerseits ist sie bemüht, ihre Analysen durch empirische Beobachtungen zu untermauern. Gleichzeitig beruhen einige ihrer Interpretationen ausschließlich auf den Intuitionen ihrer Autoren. Die Sekundäranalysen von Daten versuchen, ausgehend von der Verteilung der Antworten auf geschlossene Fragen, auf die subjektiven Wahrnehmungen und Vorstellungen der europäischen Bürger zu schließen. Sie verfügen jedoch über keinerlei unmittelbare Information zu den Überlegungen, die die befragten Personen in ihre Antworten einfließen lassen. Zahlreiche Autoren haben einander an Einfallsreichtum überboten, um die Gründe zu erklären, die die Bürger dazu veranlassen, den Integrationsprozess zu unterstützen oder sich ihm entgegenzustellen, jedoch haben nur wenige versucht, sie unmittelbar zu beobachten. Die subjektiven EU-Wahrnehmungen der Bürger und ihre Motive für eine positive oder negative Sichtweise sind noch sehr unzureichend bekannt. Nur wenige Forscher haben sich bemüht, zu verstehen – im Sinne der verstehenden Soziologie – was die Bürger über Europa denken und wie sie sich Europa vorstellen.⁴

Wir wissen, dass Personen aus populären Milieus eher als andere, die eine gehobene Position einnehmen, dazu neigen, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu unterstützen, den Vorschlag zu billigen, dass „die Schule sich hauptsächlich um Disziplin kümmern sollte“ und dazu, zu erklären, dass sie sich eher mit der Nation identifizieren als mit Europa, zumindest wenn man sie zu diesen Themen befragt. Unter den gleichen Untersuchungsbedingungen sind sie auch häufiger geneigt, zu antworten, dass die EU-Mitgliedschaft keine gute Sache ist und dass sie gegen die Bestrebungen sind, Europa zu vereinigen (Cautrès & Denni, 2000; Cautrès & Grunberg, 2007; Grunberg & Schweisguth, 2003). Es gibt jedoch keinerlei empirischen „Beweis“ für einen Kausalzusammenhang zwischen diesen verschiedenen Antworten. Befragte Personen können Antworten liefern, die als „intolerant“ oder „euroskeptisch“ interpre-

4 Es lassen sich nur einige wenige Arbeiten zitieren, die sich damit befassen, Bürger unmittelbar nach den Gründen und Motiven ihrer europäischen Grundeinstellungen zu befragen. Dabei sind hauptsächlich Bélot (2000), Díez Medrano (2003) und Meinhoff (2004) zu erwähnen.

tiert worden sind, doch folgt daraus nicht, dass sie „intolerant“ sind, weil sie „euroskeptisch“ sind. Es lassen sich Korrelationen zwischen „Meinungen“ (oder Antworten) zur Todesstrafe und zur europäischen Integration beobachten, doch heißt dies nicht, dass sich die befragten Personen auf die Frage nach der Todesstrafe beziehen, wenn man sie bittet, sich zur europäischen Integration zu äußern. Man kann natürlich einwenden, dass die Meinungen zur Todesstrafe ein einfacher Indikator für eine latente „autoritäre“ Grundeinstellung sind. Dann muss man jedoch aufzeigen, dass eine solche Grundeinstellung wirklich eine Rolle bei den Urteilen über die europäische Konstruktion spielt. Dafür muss man in der Lage sein, die Beurteilungsinstrumente zu beobachten, die die verschiedenen Kategorien der Bürger tatsächlich einsetzen. Anschließend muss man präzisieren, welche von ihnen sich als Hinweise auf eine autoritäre Grundeinstellung interpretieren lassen, und die Bevölkerungsgruppen identifizieren, die sich auf sie beziehen. Wie man weiß, behaupten mehrere Autoren, dass die territorialen Identitäten (beispielsweise die Tatsache, sich „nur als Deutscher“ zu fühlen anstatt als „Deutscher und Europäer“) der entscheidendste Erklärungsfaktor für Grundeinstellungen zu Europa seien. Dennoch besitzt man bis heute nur äußerst wenige unmittelbare empirische Beobachtungen, die erklären, dass die Skeptiker sich auf Bedrohungen ihrer nationalen Identität beziehen, wenn sie negative Ansichten über die europäische Konstruktion äußern. Es genügt nicht, derartige politische Erklärungen zu beobachten, die von bestimmten politischen Bewegungen ausgehen, um zu behaupten, dass die Argumentation von denjenigen übernommen wird, die sich der europäischen Integration widersetzen. Schließlich lässt es sich noch nicht einmal zweifelsfrei sagen, ob sie überhaupt von allen Anhängern dieser Bewegungen übernommen wird. Grundeinstellungen, die als „intolerant“, „nationalistisch“, „autoritär“, „anti-universalistisch“ oder „fremdenfeindlich“ definiert werden, können nur dann als erklärend für die Reaktionen auf die europäische Integration betrachtet werden, wenn Befragte ihre Wahrnehmungen der europäischen Integration durch Motive rechtfertigen, die als Indikatoren derartiger Grundeinstellungen interpretiert werden können. Auch hier lässt sich aufgrund der bloßen Beobachtung einer scheinbaren Korrelation noch lange kein Kausalzusammenhang herstellen.

Die Forscher leiten das Vorhandensein von Grundeinstellungen von Meinungen und Reaktionen ab, die von Individuen geäußert wurden. Diese Meinungen und Reaktionen ergeben sich aus Wahrnehmungen, Betrachtungen und Motiven, die sich auf kognitive und evaluative Instrumente stützen. Derartige Instrumente hängen mit den unterschiedlichen Sozialisierungen zusammen, die ein Individuum (besonders) aufgrund seiner Laufbahn, seiner Positionen, Erfahrungen und sozialen Zugehörigkeiten erfahren hat. Wenige Studien haben versucht, diese komplexen Zusammenhänge der Grundeinstellungen zu Europa zu beleuchten. Natürlich sind die Beziehungen zwischen si-

tuationsbedingten Antworten, Rechtfertigungen, Begründungen, erklärten und nicht erklärten Motiven und objektiven Gründen komplex. Die subjektive Europa-Erfahrung drückt sich nicht immer adäquat durch die Betrachtungen und Beurteilungselemente aus, die im Verlauf eines Interviews geäußert werden. Die Befragten wünschen nicht immer – und denken sehr häufig nicht daran –, die sozialen (in diesem Sinne „objektiven“) Bedingungen zu erwähnen, die mit diesen Betrachtungen und Urteilen verbunden sind. Trotz allem können die Motive und Gründe, die in einem Interview vorgebracht werden, um die europäische Integration zu billigen oder abzulehnen, bestimmte Komponenten der subjektiven Wahrnehmungen jenes Integrationsprozesses enthüllen. Sie können ebenfalls verschiedene Hinweise auf die „objektiven“ Bedingungen liefern, die mit ihnen einhergehen, und zwar umso mehr, wenn man Wert darauf legen würde, die Probanden über ihre Lebensgeschichte zu befragen. Man kann die Grundeinstellungen zu Europa nicht erklären, ohne zu verstehen, was die Individuen von Europa wahrnehmen, und ohne die Art und Weise zu verstehen, wie sie es wahrnehmen und bewerten. Zahlreiche Hypothesen, Intuitionen, Annahmen, Fiktionen und Vorurteile sind ins Feld geführt worden, um die subjektiven Gründe zu beleuchten, die Individuen dazu veranlassen, unterstützende oder ablehnende Grundeinstellungen zur europäischen Integration zu äußern. Es ist wichtig, sich auf solidere empirische Beobachtungen zu stützen.

Nischen der Unwissenheit und Informationsniveau

Es ist wohlbekannt, dass es in der breiten Öffentlichkeit (Slater, 1982; 1983: 77) „bedeutende Nischen der Unwissenheit“ (Franklin und andere, 1994: 458), ein begrenztes Verständnis und wenig Interesse für europäische Fragen gibt. Nach Ansicht verschiedener Spezialisten ist die europäische Konstruktion ein Prozess, der von den Eliten geführt wird, ohne dass sie die weitgehend uninformierte und desinteressierte Bevölkerung dabei stört. Diese Spezialisten haben wiederholt geäußert, dass viele europäische Regelungen technischer Natur seien und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Bürger begrenzt seien, selbst wenn der Grad ihrer Augenfälligkeit durch den Euro, das Schengener Abkommen und die Erweiterungen gestiegen sei (Carruba, 2001: 141-142). Dennoch werden sowohl das geringe Informationsniveau und das geringe Interesse der Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit, als auch die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen seltsamerweise von vielen ignoriert, die über die europäischen Grundeinstellungen schreiben. Wir wissen seit Jahrzehnten, besonders dank der Arbeiten der Forscher der Universität von Michigan (Campbell und andere, 1980) und vor allem dank der Arbeiten von Philip Converse (1964), dass Meinungssum-

fragen relativ bedeutsame Anteile von wenig überzeugten Antworten aufzeichnen, von denen einige mehr oder weniger aufs Geratewohl gegeben werden. Wir wissen, dass sich dieses Verhalten in erster Linie bei den Personen beobachten lässt, deren Informationsniveau und Interesse am schwächsten ausgeprägt sind. Seit Beginn der 1980er Jahre haben sich Hunderte von Artikeln und Arbeiten daran gemacht, die Analysen über die Meinungsäußerungen desinteressierter und uninformatierter Bürger zu vervollständigen, die wie Converses Arbeiten als „minimalistisch“ bezeichnet werden. Diese Studien haben ausführlich die „Abkürzungen“, „Faustregeln“ (*rules of thumb*) und „Urteilsheuristiken“ diskutiert, die von denjenigen eingesetzt werden, die sich trotz eines niedrigen Niveaus an Informiertheit, Intellekt und Interesse zu politischen Themen äußern sollen (Popkin, 1991; Sniderman und andere, 1991; Lodge & McGraw, 1995; Lupia & McCubbins, 2000). Diese Spezialisten bedauern schon lange, dass viele Forscher vorgeben, Meinungen oder Abstimmungsergebnisse zu erklären, indem sie Modelle konstruieren, die stillschweigend voraussetzen, dass alle Bürger adäquat und in gleichem Umfang über die politischen Fragen informiert seien (Zaller, 1992). Sie haben betont, dass manche Personen in einer Umfragesituation spontan „Meinungsbekundungen“ konstruieren, indem sie eben das einsetzen, was ihnen gerade durch den Kopf geht. So werden manche Antworten bei Meinungsumfragen als das Ergebnis unmittelbar zugänglicher „Betrachtungen“ analysiert. Damit sind die „Betrachtungen“ aller beliebigen Gründe gemeint, die einem Individuum dabei helfen können, sich zu einer Frage zu äußern (Zaller, 1992: 36, 40). Politisch bewusste Bürger werden eine hohe Anzahl von Betrachtungen berücksichtigen, die zudem untereinander und in Bezug auf die Neigungen der Bürger relativ kohärent sein werden. Weniger politisierte Personen werden eine geringere Anzahl von Betrachtungen einbeziehen, die zudem weniger kohärent sein werden. Daraus ergibt sich, dass die stärker sensibilisierten Personen besser in der Lage sind, Meinungen zu äußern und Meinungen zu äußern, die ideologisch mit ihren Neigungen zusammenhängen (Zaller, 1992: 52). Diese Feststellungen führen zu einer Aufgabe der Annahme, dass alle Individuen bereits strukturierte Grundeinstellungen besitzen, die durch die Fragen der Meinungsumfrage sichtbar gemacht werden. Sie legen im Gegenteil den Gedanken nahe, dass manche Personen wenig konsistente Ansichten zu bestimmten Themen haben (Zaller, 1992: 54). Eine derartige Vorsicht ist besonders wichtig, wenn man Umfragen zu entlegenen und abstrakten Themen durchführt, wie es manche europäischen Fragen sind. Trotz dieser Vorsicht argumentieren viele Forscher, die die Grundeinstellungen zu Europa untersuchen, als seien alle Bürger in der Lage, sich zur Gesamtheit der politischen Zielsetzungen der europäischen Integration zu äußern. So als ließen sie sich alle auf einer einzigen Dimension der politischen Skala anordnen, wo sich an einem Pol die Skeptiker und am anderen Endpunkt des Kontinuums die glü-

hendsten Anhänger der Integration gegenüberstünden. Zwei Wissenschaftler haben ausgehend von einer Analyse der Übereinstimmungen drei Dimensionen von „Meinungen“ über die europäische Integration identifiziert, die ihrerseits ungefähr 33% der Gesamtträgheit der analysierten Antworten ausmachen. Die erste Achse, die 15,6% der Trägheit zusammenfasst, zeigt eine Opposition zwischen den zustimmenden und ablehnenden Meinungen zu Europa. Die zweite (9,1% der Trägheit), stellt diejenigen, die gefestigte Meinungen besitzen, und diejenigen mit unsicheren und wenig strukturierten Standpunkten einander gegenüber. Eine dritte Dimension (8,2% der Trägheit) unterscheidet die stark ausgeprägten und die eher zwiespältigen Meinungen (Cautrès, Denni, 2000). Aus Gründen, die mit der unvermeidbaren Unausgewogenheit der Stichprobenerhebung und der Verwendung geschlossener Fragen zusammenhängen, kann man denken, dass der Einfluss der ersten Dimension übermäßig groß ist, während der Einfluss der zweiten und dritten Dimension unterschätzt wird. Man muss jedoch unabhängig davon feststellen, dass sich bisher fast alle Publikationen auf die erste Dimension konzentriert haben oder stillschweigend den Raum der Grundeinstellungen zu Europa auf diese einzige Dimension reduziert haben. Die beiden anderen Dimensionen wurden beinahe gänzlich ignoriert. Die zweite Dimension wird sogar manchmal künstlich durch die seltsame und anfechtbare Gewohnheit eliminiert, die Antworten „weiß nicht“, „keine Meinung“ oder „keine Antwort“ einfach auszuschließen (zum Beispiel Gabel, 1998: 340 oder Dell’olio, 2005: 96), oder sie gar neutralen Meinungen mit Zwischenstatus zuzuordnen (zum Beispiel Inglehart, 1970: 49).

Das allgemein begrenzte und auch individuell unterschiedliche Informationsniveau bezüglich der europäischen Angelegenheiten lässt sich kaum mit den kulturalistischen Erklärungen vereinbaren, die das Vorhandensein einer nationalen Erfahrung mit der europäischen Integration, sowie die Existenz kollektiver Verständnisroutinen und einer gemeinsamen Sichtweise aller Angehörigen einer Nation in Bezug auf die Stellung ihres Landes in der EU und in der Welt postulieren. Derartige Erklärungen lassen sich auch nicht mit der Feststellung in Einklang bringen, dass Europa bis heute zu keiner neuen parteipolitischen Spaltung geführt hat und niemals eine wichtige Rolle in den Wahlkämpfen gespielt hat (Hix, 1999; Binnema & Crum, 2007). Es gibt im Übrigen kaum empirische Beobachtungen in Bezug auf ein gemeinsames Europa-Bild, das von allen Bevölkerungsgruppen geteilt wird. Juan Diez Medrano hat betont, dass in den drei für seine Untersuchung ausgewählten Ländern eine Korrelation zwischen der Häufigkeit gewisser Themen in den Zeitungen und den Erklärungen der Befragten existiert. Allerdings sind in seiner Personalauswahl die lokalen Eliten überrepräsentiert: So wird der Großteil der Beispiele für Urteile über Europa, die er in seinem Buch zitiert, von Leitern lokaler Parteiverbände, Gewerkschaften, Handels – und Handwerkskammern,

Leitartiklern von Lokalzeitungen, Abgeordneten, Akademikern oder Sprechern von Frauen-, Bauern- oder Jugendverbänden vorgebracht. Ebenso sucht er in den angeblich bedeutendsten Presseerzeugnissen eines jeden Landes nach Interpretationsrahmen, denen er unterstellt, dass sie von der gesamten Nationalgemeinschaft geteilt würden, ohne sich die Frage nach der Wahrscheinlichkeit zu stellen, mit der diese Presseerzeugnisse wirklich die Gesamtheit der Bevölkerung erreichen.

Die Grenzen der Untersuchungen, die auf geschlossenen Fragen beruhen

Die Verwendung von Datenbanken, die den Eurobarometern entstammen, hindert die Spezialisten für europäische Studien daran, den tatsächlichen Informiertheits- und Interessegrad der befragten Personen zu berücksichtigen. Viele Forscher, die ausgehend von diesem Typ von Material arbeiten, betrachten es als selbstverständlich, dass alle Probanden, die auf die gestellten Fragen antworten, eine Meinung dazu besitzen, dass alle Meinungen Ausdruck von Überzeugungen von vergleichbarer Intensität sind und gemäß eines identischen *modus operandi* gebildet wurden. Typisch für diesen Ansatz ist die Annahme, dass die Antworten auf die Frage, ob die EU eine „gute Sache“, eine „schlechte Sache“ oder etwas, das „weder gut noch schlecht“ ist, „eine zufriedenstellende Vorgehensweise“ darstellen, „um die Präferenzen in Bezug auf alle relevanten politischen Themen zu messen“ (Carruba, 2001: 145). Der geringe Prozentsatz der Nicht-Beantwortung, der für den Großteil der in den Meinungsumfragen gestellten Fragen festgestellt wurde, wird als Bestätigung einer allgemeinen Fähigkeit, Meinungen zu allen europäischen Themen auszudrücken, interpretiert, selbst in Bezug auf die Themen, die weit von den Interessensgebieten der meisten Bürger entfernt sind (Cautrès, Denni, 2000: 325). Einige Spezialisten haben dennoch angedeutet, dass es mehrere Formen von Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Integration geben könnte, doch ist diese Frage bislang nur äußerst unzureichend untersucht worden.

Die Meinungsumfragen befragen Stichprobenauswahlen, die als repräsentativ für die Gesamtheit der Bevölkerung gelten, zu so verschiedenen Themen wie dem Vertrauen in die europäischen Institutionen, der politischen Einheit Europas, der Präsidentschaft des Europarats, der Währungsunion, der gemeinsamen Außenpolitik, der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, der europäischen Verfassung, der Zunahme der Kooperationsprojekte, den dringendsten Maßnahmen der Union, der Erhöhung des Unionshaushalts, der Rolle der Union in Bezug auf das weltweite Wirtschaftswachstum, den Umweltschutz, den Weltfrieden, die Demokratie in der Union, die Einsetzung eines Außenministers für die Union, die Leistungen der europäischen Wirtschaft, das Vo-

rantreiben der europäischen Integration, die Frage, auf welcher territorialen Ebene am Besten über die Fragen von Einwanderung, Arbeitslosigkeit, Umwelt und Gesundheit entschieden werden sollte, usw. ... Wenn man die Antworten auf diese Art Fragen zusammenfasst, um sie verschiedenen statistischen Verfahren zu unterwerfen, misst man den Reaktionen aller befragten Personen die gleiche Bedeutung bei. Man homogenisiert die Antworten, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Antwortenden in sehr unterschiedlichem Maße mit den Themen vertraut sind, die man ihnen vorlegt.

Den Befragten, die sich über verschiedene europäische Themen aussprechen sollen, die sie manchmal genau in dem Moment entdecken, wenn man sie um ihre Meinung bittet, wird durch die Benutzung geschlossener Fragen sehr geholfen. Sie werden zu Themen befragt, die ihnen möglicherweise abstrakt, komplex, schwer verständlich oder abseitig erscheinen, doch wird dabei nur von ihnen verlangt, sich zwischen einfachen und kurzen Antworten zu entscheiden. Es genügt, „ja“, „nein“, „einverstanden“, „nicht einverstanden“, „dafür“, „dagegen“, „das ist eine gute Sache“, „eine schlechte Sache“, „das ist wichtig“, „das ist nicht wichtig“, „günstig“, „ungünstig“, „ich bin dafür“, „ich bin nicht dafür“ zu sagen. Die Befragten wissen, dass der Interviewer nicht von ihnen verlangen wird, ihre Ansichten genauer darzulegen und zu rechtfertigen. Die Beobachtung zeigt jedoch, dass viele der befragten Personen größere Schwierigkeiten haben, wenn sie selbst ihre Antworten auf offene Fragen formulieren sollen (Gaxie, 1990) und umso mehr, wenn man von ihnen verlangt, diese zu begründen.

Geschlossene Fragen neigen dazu, die Häufigkeit der Elemente „keine Antwort“ und „keine Meinung“ zu reduzieren, nicht nur, weil sie den Antwortenden die Arbeit erleichtern, sondern auch aufgrund ihrer Formulierung. Die Möglichkeit, keine Antwort zu geben, besteht, wird aber selten explizit vorgeschlagen, und die Interviewer sind häufig angewiesen, nicht dazu zu ermutigen. Die Beobachtung zeigt, dass bei wenig vertrauten Themen der Prozentsatz der Personen, die nicht auf die Frage antworten, merklich ansteigt, wenn dem Befragten das Fehlen einer Meinung zu der gestellten Frage als mögliche Option vorgeschlagen wird (Gaxie, 1990). Wenn man eine Frage stellt und verschiedene Antworten vorschlägt, ohne aber die Möglichkeit zu suggerieren, keine Meinung zu haben, kommt dies einem stillschweigenden Befehl zur Antwort gleich. Manche Antworten, die man so erhält, können Meinungen von schwacher Intensität entsprechen, ja sogar einfachen Aussagen, die schon fast Untersuchungsartefakte sind. Man müsste sich beispielsweise über die Gründe Gedanken machen, die bewirken, dass ein größerer Anteil der befragten Personen eher negative Ansichten über Europa ausdrückt, wenn man sie zu (relativ) vertrauten Themen wie dem Euro oder den sozialen Sicherungssystemen befragt, als wenn es um allgemeinere und abstraktere Fragen geht,

wie beispielsweise um die jeweiligen Machtbefugnisse der Union und der Mitgliedsstaaten (Cautrès, Denni, 2000: 325).

Unabhängig davon, wie solide sie sein mögen, kann man auch nicht kurzerhand formal identische Antworten auf eine geschlossene Frage zusammenzählen. Wenn Wissenschaftler zu derartigen Totalisierungen greifen, setzen sie voraus, dass alle Personen, die formal identische Antworten geliefert haben, die Frage nicht nur verstanden, sondern sie vor allem auf die gleiche Weise verstanden haben. Man sollte keine Antworten auf Fragen zusammenfassen, die komplexe und mehrdeutige Ausdrücke wie „politische Union“, „Integration“, „Demokratie in der EU“ oder „Vertrauen in die Institutionen“ enthalten, ohne sich zu vergewissern, welchen Sinn die befragten Personen ihnen geben. Wenn Probanden die gleiche Frage in unterschiedlicher Weise verstehen, antworten sie in Wirklichkeit auf unterschiedliche Fragen. Formal identische Antworten auf unterschiedlich verstandene Fragen drücken unterschiedliche Ansichten aus, die man aus Gründen der Methodik eigentlich nicht zusammenfassen darf. Genauso wenig darf man voraussetzen, dass formal identische Antworten auf eine abstrakte Frage – beispielsweise zur europäischen Integration – alle von einem abstrakten Standpunkt aus und von dem gleichen abstrakten Standpunkt aus gegeben wurden.

Die Meinungsumfragen zu den europäischen Fragen können künstliche Ergebnisse produzieren, wenn sie von den Befragten verlangen, sich zu Themen zu äußern, über die viele von ihnen noch nie zuvor nachgedacht haben. Eine Feststellung dieser Art hat Ulrike Hanna Meinhoff dazu veranlasst, eine Untersuchungstechnik einzusetzen, die nicht davon ausgeht, dass die Probanden mit einem Thema vertraut sind, nur weil sie antworten, wenn man sie zu diesem Thema befragt (Meinhoff, 2004). Sie bat die befragten Personen, auf Fotografien zu reagieren. Diese Fotografien zeigten Häuserfassaden, die mit der Europaflagge geschmückt waren oder mit Schildern, auf denen stand, dass die EU durch eine Finanzhilfe zur Realisierung bestimmter Infrastrukturen beigetragen habe. Sie stellte fest, dass keiner der Probanden in seinem Kommentar die EU erwähnte. Erst wenn man die Befragten explizit zu ihrer Verbindung mit Europa befragte, begannen sie, dieses Thema anzusprechen. Vermutlich würden nur wenige Personen alle Themen, die man ihnen während einer Untersuchung vorlegt, aus Eigeninitiative ansprechen. Und vermutlich hatten auch nur wenige Personen Gelegenheit, diese Themen zuvor in ihrem näheren Umfeld zu diskutieren.

Diese Literaturobwertung zielt nicht darauf ab, jegliche Sekundäranalyse quantitativer Datenbanken für ungültig zu erklären. Quantitative Untersuchungen sind natürlich nützlich und notwendig. Sie haben zahlreiche wichtige Informationen und Ergebnisse geliefert. Wir möchten lediglich für mehr Strenge bei ihrer Methodik und bei der Interpretation ihrer Ergebnisse plädieren. Die Strenge liegt nicht nur im Maßstab, sondern auch in der Kontrolle

dessen, was man misst. Wir können uns nicht mit Maßstäben zufriedengeben, einzig weil wir durch sie „hard data“ bekommen. Wenn die Solidität und die Bedeutung der Antworten ungewiss sind, wird die Stichhaltigkeit des statistischen Verfahrens zweifelhaft sein, egal wie hoch dabei die Bedeutungsschwelle angesetzt wird. Der Zuwachs an Vorsicht, den man in die Meinungsforschung einführen sollte, setzt vermutlich eine stärkere Diversifizierung der Methoden voraus. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass man auf statistische Messungen und Auswertungen verzichten sollte, doch sollte man vermehrt offene Fragen in die Meinungsumfragen einführen. Bevor man sich an die statistische Auswertung der Antworten macht, sollte man präzisieren, was die Probanden im Kopf haben, während sie antworten, und die Voraussetzung dafür schaffen, die Gründe und Motive ihrer Antworten beobachten zu können. Das Ziel dieses Buches ist es nicht, jegliche Sekundäranalyse von Antworten auf geschlossene Fragen zurückzuweisen, sondern ein wenig methodologischen und theoretischen Pluralismus in einen Forschungsbereich einzuführen, der bislang massiv von einer spezifischen und relativ oberflächlichen Untersuchungsform dominiert wird. Man muss sich vermehrt auf vertiefte Interviews, Gruppendiskussionen, auf spontane Dokumentationsquellen und auf unmittelbare Beobachtungen stützen, um zu genaueren und realistischeren Beschreibungen und Erklärungen der Vielfalt und der Komplexität der Grundeinstellungen der Bürger zur europäischen Integration zu gelangen.

